



SEITE 2

Auf eigene Stärken besinnen statt Zuwanderung fördern - eine grundlegende Forderung der NPD-Fraktion.



SEITE 3

Mindestens 966 Ausländer werden in Mecklenburg-Vorpommern per Haftbefehl gesucht.



SEITE 4

Die Ausländer-Kriminalität nimmt auch in unserem Bundesland weiter zu, wie das Beispiel Rostock zeigt.

DER

AUSGABE 15

ORDNUNGSRUF

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern



Kriminalitätsstatistik 2012

UNSER LAND WIRD IMMER UNSICHERER

Mitte März wurde die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2012 (PKS) unter dem realitätsverzerrenden Tenor „Unser Land wird immer sicherer“ vorgestellt. Der Inhalt dieser Statistik gibt beim besten Willen kein objektives Bild der Lage wieder, wenn man sich die unten stehende Tabelle – ein tiefgründiger Blick in das veröffentlichte Zahlenwerk der PKS - ansieht.

Fest steht, daß die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen seit Jahren zunimmt. 2012 waren es 3.711 Personen, 2,5 % mehr als im Vorjahr. Den Großteil davon stellten, wie in den letzten Jahren, die Polen (894 Tatverdächtige). Neu ist der beängstigende Zuwachs bei den serbischen (+65,4 %), rumänischen (+40,3 %), bosnischen (+59,1 %) und bulgarischen (+158,8 %) Tätern.

Ebenso beunruhigend ist die Tatsache, daß sich der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger in der Hansestadt Rostock mit 11,9 % mittlerweile auf einem ähnlich hohen Niveau bewegt wie im Bereich Vorpommern-Greifswald. Gestiegen ist der Anteil ausländischer Täter ebenso in den Landkreisen Rostock, Nordwestmecklenburg und Vorpommern-Rügen.

Statistik nicht aussagekräftig!

Es ist davon auszugehen, daß eine hohe Zahl an verübten Straftaten, durch die fehlende Anzeigenbereitschaft der

Bevölkerung sowie durch die nachlassende Intensität der Verbrechenskontrolle vor allem im grenznahen Bereich, nicht in die Kriminalitätsstatistik einfließt. Dieser Umstand erklärt auch die im völligen Gegensatz zu Innenminister Caffiers (CDU) Schönfärberei stehende Wahrnehmung der von Straftaten betroffenen Landsleute entlang der Grenze.

Allerdings konnten nur 58,5 % aller Fälle Tatverdächtige ermit-

telt werden. Die Feststellung der Nationalität war also bei fast der Hälfte der Straftaten gar nicht möglich ist. Wer eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzt, gilt darüber hinaus automatisch als Deutscher in der Statistik.

Die berechtigten Forderungen der NPD-Fraktion **„Wirklichkeitsgetreue Aus-**

wertung der Kriminalitätsentwicklung seit Schengen II“ (Drucksache 5/2426) sowie **„Grenzkontrollen wieder einführen und die geplante weitere Ausdünnung der Bundespolizei in Grenznähe unverzüglich stoppen!“** (Drucksache 6/1349) haben demzufolge nichts an Aktualität verloren.



Sexueller Mißbrauch von Kindern um 9,5 % gestiegen – Aufklärungsquote gesunken

Handtaschenraub um 32,7 % gestiegen – Aufklärungsquote gesunken

Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und das Freizügigkeitsgesetz/EU um 24,2 % gestiegen – Aufklärungsquote gesunken – Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger um 28,6 % gestiegen

Rauschgiftdelikte – Betäubungsmittelgesetz um 23,5 % gestiegen – Aufklärungsquote gesunken – Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger um 67,4 % gestiegen

Wettbewerbs-, Korruptions- und Amtsdelikte um 9,7 % gestiegen – Aufklärungsquote gesunken

Wohnungseinbruchdiebstahl um 5,9 % gestiegen – Aufklärungsquote gesunken - Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger nahezu verdoppelt

Erpresserischer Menschenraub um 300 % gestiegen – Aufklärungsquote gesunken

Vergewaltigung/sexuelle Nötigung überfallartig (d. Gruppe) um 200 % gestiegen – Aufklärungsquote 0 %

SOZIALMIßBRAUCH DURCH SCHEINASYLANTEN BEENDEN



„In aktueller Stunde droht Eklat durch rechtsextreme NPD“, titelte die Schweriner Volkszeitung (SVZ) noch am Vortag der ersten Sitzung des Schweriner Landtags im neuen Jahr. Anders als die Regionalpostille vermutete, sorgte aber nicht die nationale Opposition für einen solchen Eklat, sondern die Blockparteien von CDU und SPD selbst, die mehr mit hohlen Floskeln und dem Abschalten von Mikrofonen glänzten, als mit Argumenten.

Sozialmißbrauch beenden - Scheinasylanten, Asylbetrüger und Wirtschaftsflüchtlinge endlich konsequent abschieben, der Aktuellen Stunde

sollte es an Brisanz nicht fehlen. Die Zahl der Asylbewerber stieg in der Bundesrepublik 2012 um 41 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Das Bundesverfassungsgericht urteilte im vergangenen Jahr, auch Asylbewerberleistungen auf Hartz-IV-Niveau anzuheben. Besonders die Anzahl der Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien ist seitdem stark angestiegen.

Der Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sprach in diesem Zusammenhang gar von Asylmißbrauch, da den Einwanderungen offenkundig wirtschaftliche Motive zugrunde liegen, wie er in der Zeitung „Die Welt“, am 13. Ok-

tober 2012 bemerkte. Auch vor Mecklenburg und Pommern macht die steigende Anzahl von Asylbewerbern nicht halt. Die herrschende Kaste verschließt vor dieser katastrophalen Entwicklung die Augen und läßt eine ernsthafte Behandlung dieses Themas nicht zu.

Der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag war es daher eine Herzensangelegenheit, in Form der Aktuellen Stunde die

Gefahr des Sozialmißbrauchs durch Asylbewerber auf die Tagesordnung zu setzen. Die NPD-Fraktion hinterfragte besonders die Entwicklung der Asylbewerberzahlen aus den Balkanländern kritisch.



Schauen Sie sich die Rede des Landtagsabgeordneten im Weltnetz an. Scannen Sie dafür den nebenstehenden QR-Code oder besuchen einfach www.npd-fraktion-mv.de

AUF EIGENE STÄRKEN BESINNEN STATT ZUWANDERUNG FÖRDERN!

Griechenland, Italien, Portugal, Spanien: Auch der Nordosten ist von Zuwanderung aus den Euro-Krisenstaaten direkt betroffen. Das ergab eine Kleine Anfrage des NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs. Demnach stellt sich die Einwanderung aus genannten Ländern für den Zeitraum 2008 bis 2012 wie folgt dar:

Staatsangehörigkeit	2008	2009	2010	2011	2012
Griechenland	44	41	49	72	92
Italien	33	66	113	84	100
Portugal	8	8	18	16	25
Spanien	50	65	71	84	104

Wie aus dem Dokument weiter hervorgeht, kann auch im Fall der „Migration“ nach M/V von einer Einwan-

derung in die Sozialsysteme gesprochen werden.

Zwei Drittel der Deutschen sehen die Zuwanderung (und dabei nicht allein die aus den genannten vier Staaten!) sehr kritisch, da sie „zu zusätzlichen Belastungen in den sozialen Sicherungssystemen, zu Konflikten mit Einheimischen und zu Problemen in den Schulen“

führe. So jedenfalls ist es einer emnid-Umfrage, durchgeführt im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, zu entnehmen.



Zur Kleinen Anfrage erklärte der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs in Schwerin: „Auf der einen Seite haben wir es auch im hier vorliegenden Fall mit einem Verdrängungsprozeß auf dem Arbeitsmarkt einschließlich eines verstärkten Drucks auf die ohnehin sinkenden Löhne und Ausbildungs-Vergütungen zu tun. Auf der anderen Seite werden die sozialen Sicherungssysteme weiter belastet, womit die derzeit Herrschenden eine massive Störung des sozialen Friedens ohne mit der Wimper zu zucken in Kauf nehmen. Und nicht zuletzt paßt die Zuwanderung jenen rot-rot-grünen Multikulti-Fanatikern in den Kram, die nach immer neuen Vorwänden suchen, um

weitere Ausländer ins Land zu schleusen.

Statt stets und ständig um das Fremde zu buhlen – im übrigen eine leider typisch deutsche Krankheit –, müssen wir uns endlich auf die Pflege des Eigenen besinnen. Zu beginnen hat dies mit einer gezielten Nachwuchsförderung im schulischen und beruflichen Bereich, wobei hier Staat und Unternehmertum in die Pflicht zu nehmen sind. Deutsche Erwerbslose müssen noch zielgerichteter gefördert werden. Und nicht zuletzt muß, wie von der NPD ebenfalls seit Jahren gefordert, ein umfassendes Familien- und Geburtenförderungsprogramm auf den Weg gebracht werden, denn die heute Geborenen sind die Fachkräfte von morgen.“

DIEBSTAHLSERIE AUFGEKLÄRT

Täter gehören offenbar zu einer „mobilen ethnischen Minderheit“

Über mehrere Wochen beunruhigte eine Serie von Taschendiebstählen die Bevölkerung im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Besonders ältere Bürger wurden zum Opfer einer Bande, die u. a. in den Supermärkten von Boizenburg, Pampow, Hagenow und Wittenburg ihr Unwesen trieb. Das Diebesgut: meist Geldbörsen oder Wertsachen aus den Handtaschen der Opfer.

In 20 Fällen, die zur Anzeige gebracht wurden, ging es um zusammengerechnet ca. 2.500 Euro. Die Dunkelziffer dürfte jedoch deutlich darüber liegen. Schließlich gelang es Beamten der Bereitschaftspolizei, die Bande zu stoppen und festzusetzen.

Seitdem ist es jedoch ruhig geworden und auch in der Presse war nichts mehr zu den Vorfällen zu lesen. Eine Kleine Anfrage des

NPD-Landtagsabgeordneten Stefan Köster über die Hintergründe der Täter brachte allerdings einige interessante Dinge zutage.

So handelt es sich bei den drei Tatverdächtigen um zwei Rumänen und eine spanische Staatsangehörige. Keiner der Beschuldigten hat seinen festen Wohnsitz im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Es ist äußerst wahrscheinlich, daß es sich bei den Tatverdächtigen um Angehörige der mobilen ethnischen Minderheit „Sinti“ und „Roma“ handelt.

Der Fall belegt einmal mehr, mit welcher Energie die Täter vorgehen. Des Weiteren zeigt er die Zunahme ausländischer Straftäter im Nordosten. Die aktuelle Polizeikriminalitätsstatistik (PKS) weist einen erneuten Anstieg der ausländischen Tatverdächtigen von 3.711 im



Jahr 2012, gegenüber 3.619 im Vorjahr, aus.

Die Taschendiebstähle (+13,2 Prozent) beschränkten sich jedoch nicht nur auf Westmecklenburg. Auch andernorts gingen Trickbetrüger ihrem fragwürdigen Handwerk nach.

Von den Regierenden braucht man indes nicht auf Hilfe zu hoffen. Dort werden Überfremdung und offene Grenzen noch immer als Allheilmittel angepriesen. Die Mecklenburger und Pommern müssen sich daher schon selbst helfen und sind gut beraten, eigene Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. Ein wachsames Auge ist das Mindeste, um nicht selbst zum Opfer krimineller Ausländerbanden zu werden.

MINDESTENS 966 AUSLÄNDER PER HAFTBEFEHL GESUCHT!

Die Horrormeldungen über angeblich flüchtige Neonazis in Mecklenburg-Vorpommern nahm der NPD-Abgeordnete Stefan Köster zum Anlaß, um mittels Landtagsanfrage einen vollständigen Überblick über die Situation zu erhalten. Die entsprechende Antwort könnte man als ernüchternd und erschreckend zugleich bezeichnen.

Eine einzige von insgesamt 1.270 gesuchten Personen (0,08 %) wird von der Landesregierung als „Straftäter rechtsmotiviert“ eingestuft. Bei der ihr zur Last gelegten Straftat handelt es sich um Trunkenheit im Verkehr. Erschreckend sind die Erkenntnisse zu den übrigen 1.269 Personen, die in Mecklenburg-Vorpommern per Haftbefehl gesucht werden. 946 (!) davon sind keine deutschen Staatsangehörigen. Hinzu kommen 20 Personen, die über eine doppelte Staatsbürgerschaft verfügen. Wie viele von den restlichen 303 Straftätern zudem einen sogenannten Migrationshintergrund besitzen, konnte die Landesregierung nicht mitteilen.

Aufbereitetes Datenmaterial liegt allerdings darüber vor, welche Straftaten den vorliegenden Haftbefehlen zugrunde liegen. Hierbei handelt es sich unter anderem um Delikte wie Totschlag, Vergewaltigung, Verstoß gegen das Waffengesetz und sexuellen Mißbrauch von Kindern.

„Einheits-Multikulti-BlaBla“

Mit einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen dokumentieren die Parteien des „Schweriner Blocks“ eindrucksvoll, worum es ihnen wirklich geht und für wen sie Politik machen:

„Menschen mit Migrationshintergrund sind in Mecklenburg-Vorpommern willkommen. Sie bereichern unser Zusammenleben. Es ist unsere Aufgabe, die Bedin-

gungen zu schaffen, daß Zuwanderung als Bereicherung verstanden und Integration als wechselseitiger Prozeß der gegenseitigen Annäherung gestaltet wird. Integration stellt uns alle vor Herausforderungen, die wir gerne annehmen“, so der erste Absatz des Antrages mit dem salbungsvollen Titel „Für eine Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern – Menschen mit Migrationshintergrund bereichern unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben“.

Und so schwülstig wie die Einleitung kommen auch die nachfolgenden sieben Absätze des gemeinsamen Antrages daher, der wirklich lesenswert ist, damit sich der Normalbürger selber ein umfassendes Bild machen kann, wessen Interessen Gegenstand der etablierten Politik sind.

Die passende Antwort der NPD-Fraktion können Sie sich hier ansehen:





2011

in Rostock 9,3 Prozent ausländische Tatverdächtige

In den Redaktionsstuben befassen sie sich ungern damit. Politiker der etablierten Parteien kehren das Problem mit Vorliebe unter den Tisch: **Die Ausländer-Kriminalität nimmt auch in M/V zu, wie das Beispiel Rostock beweist.**

Wie aus einer Kleinen Anfrage des NPD-Landtagsabgeordneten David Petereit hervorgeht, wurden für 2011 in der Hansestadt Rostock 7.784 Tatverdächtige registriert. 723 von ihnen waren nichtdeutscher Herkunft, was einem Anteil von immerhin 9,3 Prozent entspricht. Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung belief sich der Anteil auf 10,2 Prozent, beim Delikt „Diebstahl unter erschwerenden Umständen“ betrug er sogar 17,1 Prozent.

Zur besseren Einordnung: Der offizielle Ausländeranteil lag in Rostock bis zum 30. November 2011 bei 3,75 Prozent. 2010 waren in Rostock 6,8 Prozent aller Tatverdächtigen Nichtdeutsche, ein Wert, der auch in den vier Jahren davor registriert worden ist.

Die vollständige Anfrage kann unter Drucksache 6/1432 eingesehen werden.



Zu den Ergebnissen der parlamentarischen Initiative erklärte der NPD-Volkstvertreter David Petereit: „Was wir schon immer ahnten beziehungsweise fühlten, liegt jetzt schwarz auf weiß vor: In Rostock bekommen wir langsam, aber sicher Zustände, wie sie in

westdeutschen Großstädten, weiten Teilen Berlins sowie Leipzig schon gang und gäbe sind: Für bestimmte Deliktarten werden immer mehr nichtdeutsche Tatverdächtige registriert.

Eine Volksabstimmung zur Abschiebung krimineller Fremder in ihre Herkunftsländer würde sehr wahrscheinlich zuungunsten der jetzigen Politikerkaste ausgehen, die mit ihrer Hätschelpolitik erst dafür gesorgt hat, daß im angeblich so ausländerfeindlichen Deutschland Deutsche immer öfter zu Opfern von Ausländern werden.“

Die NPD-Fraktion hat bereits in der vergangenen Wahlperiode mehrfach gefordert, kriminell gewordene Ausländer konsequent abzuschieben.



SALAFISTEN AUF DEM VORMARSCH

Die Szene der radikalen Islamisten in der Bundesrepublik Deutschland wächst unaufhörlich. Wie aus Medienberichten hervorgeht, haben sich allein im vergangenen Jahr mehr als 700 Menschen den sogenannten Salafisten angeschlossen. Salafisten sprechen offen aus, daß sie unsere Rechtsordnung nur so lange akzeptieren werden, wie sie in der Minderheit sind.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern registrierte der Verfassungsschutz 2012 vermehrt Aktivitäten durch islamistische Gruppen. Besonders die Hansestädte Wismar, Rostock und Greifswald sind in den Fokus der Islamisten geraten.

Derzeit soll es auch Bestrebungen geben, in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg Fuß zu fassen. Es liegen Hinweise vor, daß eine Islamschule bzw. eine religiöse Begegnungsstätte in Neubrandenburg errichtet werden soll.

INFO-GUTSCHEIN

**NPD-Landtagsfraktion
Mecklenburg-Vorpommern**
Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

0385 - 5251322

info@npd-fraktion-mv.de

0385 - 5251321

[www.facebook.com/
NPDFraktionMuP](http://www.facebook.com/NPDFraktionMuP)

www.npd-fraktion-mv.de

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion und bitte um Übersendung von Infomaterial. Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Name, Vorname Jahrgang

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Post